

Antwort DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des eingetragenen Vereins „wir pflegen“ – Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e.V.

Zahlen, Daten, Fakten

wir pflegen e.V. fordert amtliche Daten und Statistiken zur Anzahl und Lebenssituation pflegender Angehöriger in Brandenburg.

Die Pflegestatistik gibt keine genaue Auskunft über die Anzahl der pflegenden Angehörigen in Brandenburg. Zumeist werden dafür die Zahlen der Pflegebedürftigen herangezogen, die im häuslichen Umfeld versorgt werden. Allerdings gibt diese Zahl keine Auskunft über die tatsächliche Anzahl an Personen, die am Ende die Pflege zu Hause leisten.

Der Politik fehlt damit eine genaue Planungsgrundlage für Maßnahmen rund um die häusliche Pflege. Entsprechende Daten sollten daher landesweit erhoben und zur Unterstützung der kommunalen Planungen in die regionalen Pflegedossiers eingebunden werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Zukunft amtliche Daten zur Anzahl und Situation der pflegenden Angehörigen in Brandenburg erhoben werden?

Die Erfassung solch konkreter Daten gestaltet sich schwierig, wie bereits in diversen Debatten der ablaufenden Legislatur erörtert wurde. Es vergeht kaum eine Ausschuss-, Plenar- oder interne Sitzung, in der das Thema Pflege, Verbesserung der Pflegesituation, Entlastung pflegender Angehöriger usw. nicht eine Rolle spielt. Sollte sich eine Möglichkeit ergeben, solcherlei Daten erfassen zu können, werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses an passender Stelle erfolgt. Diese Daten müssen dann öffentlich zugänglich und damit verwertbar gemacht werden. Möglicherweise bietet sich dazu die Gesundheitsplattform des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) im Kontext der Gesundheitsberichterstattung des Landes an. Hier sind bereits wichtige Daten zur Pflegesituation erfasst, die um diesen Punkt erweitert werden können. Dazu ist es vorrangig allerdings nötig, eine Möglichkeit der Datenerhebung zu verifizieren, was bisher noch nicht gelungen ist.

Förderung

wir pflegen e.V. fordert politische Unterstützung und eine Förderung zum Aufbau einer Landesorganisation für pflegende Angehörige in Brandenburg.

Auch in Brandenburg machen sich pflegende Angehörige auf den Weg, um gemeinsam eine landesweite Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation aufzubauen. Dies ist dringend notwendig, damit die Interessen der pflegenden Angehörigen bei pflegepolitischen Diskussionen und Planungen „mit am Tisch sitzen“ und eingebunden werden können. Zugleich können so die Selbsthilfestrukturen für pflegende Angehörige gezielt ausgebaut werden.

Anders als für Berufsverbände, bedeutet dies für pflegende Angehörige aber einen sehr hohen Organisationsaufwand. Es braucht daher dringend politische Unterstützung, um eine Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation in Brandenburg nachhaltig aufzubauen.

Wird Ihre Partei sich für den Aufbau einer Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation für pflegende Angehörige in Brandenburg stark machen?

Die Selbstvertretung ist aus unserer Sicht ein wichtiger Baustein der Demokratie, da darüber Bürgerrechte wahrgenommen werden. Bürgerrechte dürfen keinesfalls unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Interessenvertretungen müssen angemessen, transparent und verbindlich finanziert werden. Ob die aktuellen Förderrichtlinien dem entsprechen, ist zu prüfen. Hier setzt sich DIE LINKE

auf Bundesebene für eine einheitliche und bessere Förderung ein. Die Finanzierung ist jedoch nicht alles. Der Aufbau von Selbstvertreterstrukturen ist zwar nicht Aufgabe der Politik, aber die Kommunikation und Kooperation mit den Interessenvertretungen ist es zweifelsfrei. Wir sehen unsere Aufgabe darin, ins Gespräch zu kommen, Anliegen ernst zu nehmen, aufzunehmen und in das parlamentarische Verfahren einzubringen. Das tut DIE LINKE in aller Regelmäßigkeit und wird diesen Weg auch konsequent weitergehen. DIE LINKE beteiligt pflegende Angehörige in ihren eigenen Arbeitsgemeinschaften und setzt sich zusammen mit unabhängigen Zusammenschlüssen pflegender Angehöriger sowie Angehöriger Pflegebedürftiger, die die Pflege nicht selbst übernehmen. So wurde beispielsweise die Petition zur Senkung der Eigenanteile der Pflegekosten in den Seniorenheimen unterstützt. Hier waren zwar keine pflegenden, sondern zahlende Angehörige betroffen, jedoch setzen wir uns ebenso gern mit den Interessenvertretern anderer Betroffenengruppen zum Gespräch zusammen. Hierbei können Lösungsvorschläge entwickelt, Kontakte vermittelt, Änderungsbedarf Richtung Bund angestoßen und andere Maßnahmen unsererseits ergriffen werden. Darin sehen wir die Aufgabe der Politik.

Mitbestimmung

wir pflegen e.V. fordert, dass die (zukünftigen) Interessenvertretungen pflegender Angehöriger im Landespflegeausschuss mit mindestens einem Sitz vertreten sind.

Im brandenburgischen Landespflegeausschuss ist die Betroffenenperspektive deutlich unterrepräsentiert. Insbesondere ist die Perspektive der pflegenden Angehörigen nicht ausreichend berücksichtigt. Dagegen sind die Kostenträger und Leistungserbringer stark vertreten. Gemäß der Verordnung dürfen Pflegekassen sogar mit 7 und Pflegeeinrichtungen mit 8 Personen und Stimmen vertreten sein. Den Betroffenenverbänden steht jeweils nur eine Stimme zu. Damit sind im Landespflegeausschuss zentrale demokratische Grundsätze außer Kraft gesetzt. wir pflegen e.V. kritisiert dies scharf, da dadurch zwangsläufig die Bedarfe der Pflegebedürftigen und Angehörigen zu wenig Beachtung finden.

Setzen Sie sich für eine Vertretung pflegender Angehöriger und für faire Kräfteverhältnisse im Landespflegeausschuss ein?

Die Zusammensetzung des Landespflegeausschusses muss regelmäßig vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und gesetzlicher Änderungsprozesse auf den Prüfstand gestellt werden. Ob die Interessen der pflegenden Angehörigen hier einfließen sollten, ist nach unserer Kenntnis bisher nicht diskutiert worden. Ebenso wenig sehen wir eine Lösung für die Interessenvertretung beruflicher Pflegekräfte in einer Pflegekammer. Diese kann weder alle Problemlagen lösen noch berücksichtigt dieser Zusammenschluss alle Akteure der Pflege. Auch hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Alle Zusammenschlüsse haben auf ihre Art Vor- und Nachteile. Sie berücksichtigen selten alle spezifischen Personengruppen und können aufgrund ihrer eingeschränkten Aufgaben-, Mitbestimmungs- und Entscheidungsbefugnisse nicht immer den Anforderungen oder gar den Erwartungen gerecht werden.

Aus unserer Sicht müsste es ein gemeinsames Gremium für alle Akteure – hauptberuflich Pflegende, pflegende Angehörige sowie sonstige - geben, das sich aller Problemlagen annehmen kann, das unabhängig ist und das in Politik und Verwaltung Akzeptanz findet. Ob die bestehenden Strukturen das hergeben können, muss geprüft werden.

Vereinbarkeit

wir pflegen e.V. fordert eine Lohnersatzleistung für berufstätige pflegende Angehörige.

Am 20. Juni 2019 hat der unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf seinen Bericht mit Vorschlägen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf vorgelegt. wir pflegen e.V. fordert, dass die pflegenden Angehörigen eine Lohnersatzleistung wie beim Elterngeld - jedoch für 36 Monate - erhalten und zudem mehr zeitliche Flexibilität bei der Inanspruchnahme von Auszeiten. Zur Durchsetzung neuer bundesweiter Vereinbarkeitsregelungen braucht es die klare Unterstützung der Bundesländer. Hier ist auch die (neue oder alte) Landesregierung in Brandenburg gefragt!

Werden Sie sich für die Einführung einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige auf dem Mindestniveau des Elterngeldes stark machen?

DIE LINKE fordert sehr viel mehr als nur Lohnersatzleistungen. Das allein wird noch nicht reichen. Beim erstmaligen Eintritt einer Pflegesituation soll es bspw. einen gesetzlichen Anspruch für alle Beschäftigten auf eine sechswöchige, arbeitgeberfinanzierte Freistellung mit vollem Lohnausgleich geben, um die neue Lebenssituation organisieren zu können. Diese Freistellung muss in jedem Falle garantiert werden, unabhängig davon, ob selbst gepflegt werden soll oder das Pflegearrangement durch andere Leistungserbringer zusammengestellt wird. Für den Fall, dass dann selbst gepflegt wird fordern wir für die jeweilige Hauptpflegeperson einen Lohnersatz bei pflegebedingter Teilzeit ohne Darlehensregelung, unbegrenzten Kündigungsschutz und ein gesetzlich gesichertes Rückkehrrecht in Vollzeit. Zudem braucht es individuelle Freistellungs- und Pflegezeiten sowie flexible Arbeitszeitregelungen. Dementsprechend bedarf es einer Erweiterung des Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für flexible Arbeitszeiten. Dieses hat dann auch für Unternehmen mit weniger als 25 Beschäftigten zu gelten. Zusätzlich müssen pflegende Angehörige sozial besser abgesichert werden, bspw. damit sie nicht aus der Krankenversicherung ausgeschlossen werden oder hinsichtlich ihrer Rentenansprüche. Hierbei darf es keine Unterschiede zwischen Ost und West geben. Auch müssen diejenigen, die bereits Rente erhalten durch die Pfl egetätigkeit weitere Rentenansprüche erwerben können. Eine weitere Hilfe können Urlaubsangebote für Familien mit Pflegebedarf sein. Die derzeitige Streichung des Pflegegeldes bei voller Nutzung der Pflegesachleistungen muss geprüft werden.

DIE LINKE sieht weitaus mehr Möglichkeiten, die Situation pflegender Angehöriger zu verbessern, wenngleich vieles davon auf der Bundesebene zu klären ist. Was im Land getan werden kann, muss auch getan werden, und was im Bund zu klären ist, muss über Bundesratsinitiativen oder über die dortigen Fraktionen angestoßen werden. Wie genau diese Leistungen auszugestalten sind, muss in jedem Falle in einer öffentlichen Debatte unter Beteiligung aller Akteure besprochen werden.

Schneller Überblick: Was ist drin für pflegende Angehörige?

Zahlen, Daten, Fakten: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Zukunft amtliche Daten zur Anzahl und Situation der pflegenden Angehörigen in Brandenburg erhoben werden?

ja

Mitbestimmung: Setzen Sie sich für eine Vertretung pflegender Angehöriger und für faire Kräfteverhältnisse im Landespflegeausschuss ein?

unentschlossen

Förderung: Wird Ihre Partei sich für den Aufbau einer Interessenvertretung für pflegende Angehörige in Brandenburg stark machen?

nein

Vereinbarkeit: Werden Sie sich für die Einführung einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige auf dem Mindestniveau des Elterngeldes stark machen?

ja